

Kapitalgewinne sind hier weitere steuerliche Anreize gefragt, damit sich mehr Investoren in diesem sehr risikoreichen Gebiet engagieren.

Gunter Festel gründete Anfang 2003 das Beratungs- und Investmentunternehmen FESTEL CAPITAL mit Sitz im Schweizer Kanton Zug. Zudem engagiert er sich als "Founding Angel" bei zahlreichen Biotechnologieunternehmen in Deutschland und der Schweiz. Bis Ende 2002 leitete Gunter Festel bei Arthur D. Little in Zürich als Mitglied der Geschäftsführung das Beratungsgeschäft im Chemie- und Pharmabereich und war als Berater bei McKinsey tätig. Die berufliche Karriere startete er bei Bayer, wo er verschiedene Managementpositionen in der Forschung und im Marketing begleitete. Gunter Festel studierte Chemie (Abschluss als Dipl.-Chemiker und Dr. rer. nat.) sowie Betriebs- und Volkswirtschaftslehre (Abschluss als Dipl.-Volkswirt). Zudem besitzt er einen Executive Master of Corporate Finance.



Autor:

Kai Pflug

Kontakt:

Stratley AG
88 Shi Ji Avenue
Shanghai 200120
Volksrepublik China
k.pflug
[at]stratley.com

Umweltschutz und die Bedeutung für die chemische Industrie in China

Massive Umweltprobleme

China ist fast schon ein Symbol für massives Wirtschaftswachstum. Wie in den entsprechenden frühen Phasen des Wachstums in den westlichen Industrienationen, so wird dieses Wachstum auch in China von massiven Umweltproblemen begleitet. In vielerlei Hinsicht sind diese im Umfang sogar noch größer, unter anderem deshalb, weil die wirtschaftliche Entwicklung Chinas im Vergleich zu der des Westens sehr viel schneller verläuft.

Eine viel zitierte Studie der Weltbank besagt zum Beispiel, dass sich 16 der 20 am stärksten verschmutzten Städte der Welt in China befinden – und dies sind nicht Städte wie Guangzhou oder Beijing, die dem gelegentlichen China-Reisenden schon als relativ dreckig erscheinen, sondern Second- oder Third-tier-Städte wie das Kohleförderungszentrum Datong. Manche die Umwelt betreffende Unfälle sind sogar so schwerwiegend, dass über sie ausführlich in der westlichen Presse berichtet wird. So explodierte im November 2005 eine Anlage der China National Petroleum Corporation, worauf etwa 100 t Benzol austraten und die Trinkwasserversorgung der chinesischen Großstadt Harbin für mehrere Tage beeinträchtigt wurde. Im Mai 2007 brach am Taihu-See eine ernste Algenplage aus, die auf unbehandeltes Abwasser chemischer und landwirtschaftlicher Firmen

zurückgeführt wurde. Und fast täglich gibt es in der lokalen chinesischen Presse oder auf der Webseite der Umweltbehörde Nachrichten über Umweltprobleme, so Anfang 2008 über Arsenverschmutzung in der Provinz Guizhou oder im Mai 2008 über die Verschmutzung des Trinkwassers in mehreren Dörfern in der Provinz Anhui durch einen Chemiapark in Yixing in der Provinz Jiangsu.

Selbst die staatlichen Behörden bezeichnen diese Ereignisse nicht als Einzelfälle. In einer 2006 durchgeführten Risikobetrachtung stellt die in der Zwischenzeit zum Ministerium hochgestufte SEPA (State Environmental Protection Administration) fest, dass 45% aller 7555 im Land befindlichen chemischen und petrochemischen Betriebe größere Risiken für die Umwelt darstellen. Laut der keineswegs als besonders kritisch bekannten Tageszeitung China Daily ist als Folge von Luft- und Wasserverschmutzung sowie weit verbreitetem Einsatz von Pestiziden und Nahrungsmittelzusätzen Krebs inzwischen die Haupttodesursache von chinesischen Stadtbewohnern.

Gleichzeitig wächst das Umweltbewusstsein der chinesischen Bevölkerung. So führte der geplante Bau einer Paraxylol-Anlage in der Nähe von Xiamen in der Provinz Fujian zu massiven Protesten der Stadtbewohner, die unter anderem mehr als eine Millionen SMS versandten. Als Konsequenz wurde der Bau der Anlage vorerst gestoppt und wird derzeit Neubewertet – eine Verlegung an einen anderen Ort ist zu erwarten.

Maßnahmen des Staates

Neben solchen eher opportunistischen Reaktionen auf die öffentliche Meinung unternimmt insbesondere die chinesische Zentralregierung durchaus systematische und substanzielle Schritte dahin, die Umweltsituation in China zu verbessern. Die Maßnahmen reichen von abstrakt-symbolisch bis hin zu sehr konkret:

- Wie schon oben kurz erwähnt, wurde die Umweltbehörde SEPA im Rahmen einer größeren Reform zu einem Ministerium hochgestuft. Dies bringt die Behörde auf ein ähnliches Level wie Ministerien, die zum Beispiel Wirtschaftsinteressen vertreten, und kann dadurch Umweltgesetzgebung und Durchsetzung dieser Gesetze stärken

- China hat sich für 2008 ehrgeizige Ziele für die Reduktion der Emissionen gesetzt. Für Schwefeldioxid beträgt dieses Ziel zum Beispiel -6% ausgehend von der Basis des Jahres 2005. Diese Ziele sollen unter anderem durch hohe Ausgaben für Umweltschutz erreicht werden – geplant sind Ausgaben in Höhe von 1,35% des BSP für jedes der nächsten 3 Jahre
- Für die Kontrolle der Verschmutzung von Seen wurde ein Zeitplan gesetzt. Dieser Zeitplan sieht vor, dass bestehende Kläranlagen bis zum Ende des Jahres 2010 auch in der Lage sein müssen, Stickstoff und Phosphor zu entfernen
- Seit Juni 2008 ist die Produktion extrem dünner Plastiktüten in China verboten. Gleichzeitig wurde es Kaufhäusern und Supermärkten untersagt, kostenlos Plastiktüten abzugeben. Als Konsequenz hat Chinas größter Hersteller von Plastiktüten, Huaqiang, bereits die Produktion eingestellt
- Die Strafen für das Einleiten von Abwasser zum Beispiel in den Taihu-See wurden teilweise drastisch (um den Faktor 5) erhöht. Allerdings sind auch die jetzigen Strafen (in diesem Fall Maximalhöhe 1 Mio. RMB, also etwa 100.000 Euro) immer noch vergleichsweise niedrig
- Einzelne Firmen, die gegen Umweltgesetze verstoßen, werden von Messen wie der Canton Fair ausgeschlossen. Auch der Zugang zu Krediten ist erschwert. Im Extremfall droht sogar die Schließung der Unternehmen
- In Abhängigkeit von der Initiative lokaler Behörden werden insbesondere in den stärker entwickelten Gebieten Chinas Chemieunternehmen dazu gezwungen, aus Stadtgebieten in Chemieparks umzuziehen, so zum Beispiel in Shanghai und in Guangzhou.

Machtkämpfe, Konfusion, und mehr Verschmutzung

Trotz dieser vielen positiven Signale ist noch nicht sicher, ob sich die Situation der Umwelt in China wirklich bereits längerfristig bessert.

Zum einen ist Umweltpolitik eine der Hauptschauplätze für Kämpfe zwischen der Zentralregierung einschließlich des Umweltministeriums auf der einen Seite und den lokalen Regierungsbehörden auf der anderen Seite. Offensichtlich wird dies auf der Webseite der SEPA. Dort kritisiert die SEPA viele Wirtschaftsprojekte recht freizügig, hat jedoch offensichtlich nicht die Macht, diese zu stoppen. Unter

anderem wird ein prominenter Vizedirektor der SEPA, Pan Yue, wie folgt zitiert: „Einige Projekte sind ohne vorherige Genehmigung begonnen worden, und einige lokale Verwaltungen boten sehr stark verschmutzenden Unternehmen Asyl an, weil sie einfach blind Wirtschaftswachstum verfolgen“. An anderer Stelle beklagt sich SEPA über eine die Umwelt sehr stark verschmutzende Firma, die trotz SEPA-Intervention nicht die Produktion gestoppt hat: „Haixin Iron and Steel wurde beordert, das Projekt zu stoppen und bei den Umweltbehörden eine Genehmigung zu beantragen. Aber bis jetzt hat das Unternehmen diesem Urteil nicht Folge geleistet“. Diese aus westlicher Sicht beinahe komische Äußerung zeigt, dass die Macht der Umweltbehörde teilweise begrenzt ist.

In ähnlicher Weise wird vermutet, dass Widerstand aus den Provinzen eine frühere Initiative der SEPA gestoppt hat. Diese Initiative hatte das Ziel, die Umwelteffekte des chinesischen Wachstums in einer „Green GDP“ (Grünes BSP) genannten Zahl auszudrücken. Während eine erste im Jahr 2004 veröffentlichte Rechnung ein um aufgrund von negativen Umweltfolgen um etwa 3% reduziertes Wachstum abschätzte, wurde ein zunächst angekündigter zweiter Report nie veröffentlicht. Die hinter dem Projekt stehenden chinesischen Forscher vermuten, dass mächtige Provinzpolitiker die Veröffentlichung verhindert haben.

Aber auch in ganz konkreter Hinsicht ist in einigen Aspekten bis jetzt keine große Besserung zu verzeichnen. So ist die Algenplage am Taihu-See auch im Jahr 2008 wieder in großem Umfang aufgetreten. Und die Verschmutzung in ländlichen Regionen nimmt nach Aussagen offizieller Berichte eher zu als ab, und das zu einem Zeitpunkt, wo die Verschmutzung der städtischen Gebiete noch keineswegs bewältigt ist.

Einfluss auf Chemieunternehmen

Die von der chinesischen Regierung getroffenen Maßnahmen haben bereits zur Schließung vieler kleinerer Chemieunternehmen geführt. Zum Beispiel wurden im Umfeld des Taihu-Sees in Folge der Algenplage im Jahr 2007 insgesamt 1197 kleinere Chemieunternehmen geschlossen.

Große chinesische Chemieunternehmen sind dagegen tendenziell weniger von den Maßnahmen betroffen, da sie zum einen stärkeren lokalen Einfluss haben, zum anderen aber auch über größere Mittel verfügen, umweltfreundlichere neue

Technologien zu verfügen. Eine Tochterfirma der großen chinesischen Firma Bluestar im Einzugsgebiet des Taihu-Sees gibt zum Beispiel an, im Jahr 2007 etwa 1 Mio. Euro für zusätzliche Wasseraufbereitungsmaßnahmen investiert zu haben. Für westliche Chemieunternehmen überwiegen vermutlich die Vorteile der verschärften Umweltgesetze. Zum einen arbeiten die meisten westlichen Unternehmen bereits nach westlichen Umweltstandards und haben daher durch die neuen Regelungen keine substanziellen Zusatzkosten zu fürchten. Darüber hinaus können sie (wie im übrigen auch große chinesische Unternehmen, die mir dies in Interviews auch mehrfach erwähnten) von der Marktkonsolidierung profitieren, die aufgrund des Effekts der verschärften Gesetze auf Klein- und Mittelbetriebe zu erwarten ist. In einigen Segmenten sind westliche Unternehmen möglicherweise sogar die einzigen Unternehmen, die überhaupt über die Technologie verfügen, um die neuen Standards einhalten zu können.

Allerdings müssen sich die westlichen Unternehmen auch über die Risiken der verschärften Gesetzgebung klar sein. Einige westliche Chemieunternehmen sind bereits davon betroffen, dass die Behörden die Umsiedlung von Betrieben aus Stadtgebieten in Chemieparks fordern. Auch die Genehmigung neuer Standorte wird zunehmend aufwendiger. Bei Firmenakquisitionen in China müssen zudem die Hintergründe der Akquisitionskandidaten in Bezug auf Umweltaspekte genau beleuchtet werden. Schließlich sind die westlichen Chemieunternehmen häufig Zulieferer der lokalen chinesischen Unternehmen. Jede Gesetzesänderung, die diese Unternehmen betrifft und zum Beispiel deren Umsatz gefährdet, kann daher auch die westlichen Unternehmen treffen. Wenn Stratley für westliche Chemieunternehmen Strategien für China entwickelt, stellen wir daher sicher, die Effekte der chinesischen Umweltpolitik mit zu berücksichtigen.

Schluss

Das Umweltbewusstsein nimmt in China definitiv zu, hat aber noch lange nicht das westliche Level erreicht. Insbesondere in den weniger entwickelten Provinzen, auf dem Lande und auf lokaler Ebene ist das Interesse an intakter Umwelt sehr viel geringer als an rascher wirtschaftlicher Entwicklung. Haupttreiber für Verbesserungen im Umweltbereich in China ist eindeutig die Zentralregierung, während Konsumenten anders als im Westen so gut wie keine Rolle spielen. Westliche Chemieunternehmen können vom zunehmenden Umweltbewusstsein profitieren, da sie zumeist schon auf entsprechendem technologischem Level

produzieren und sie zudem von den steigenden Qualitätsstandards und den damit einhergehenden Marktkonsolidierungen profitieren.

Kai Pflug studierte ab 1987 an der Universität Hamburg Chemie und promovierte dort 1994 bei Frau Professor Thorn-Csanyi mit einem polymerchemischen Thema. Nach einem Postdoc bei Professor Vollhardt in Berkeley im Bereich Organometallchemie arbeitete er 5 Jahre als Forschungschemiker, woraus verschiedene kommerziell genutzte Patente resultierten. Daneben studierte er Wirtschaftschemie und schloss dieses Studium im Jahr 2001 mit Diplom ab. Seit dem Jahr 2000 ist er als Managementberater für die chemische Industrie tätig. In den letzten 5 Jahren übt er diese Tätigkeit von Shanghai aus und leitet dort das Büro der Stratley AG, einer auf die chemische Industrie spezialisierten Unternehmensberatung.

Impressum

Herausgeber

Vereinigung für Chemie und Wirtschaft (VCW)
als Fachgruppe der Gesellschaft Deutscher Chemiker (GDCh)
Varrentrappstraße 40-42
60486 Frankfurt am Main
gdch[at]gdch.de
Vorsitzender: Dr. Klaus Griesar (V. i. S. d. P)

Redaktion

Henrik Willem Vetter
Lerchenstraße 76
58285 Gevelsberg
henrik.vetter[at]uni-muenster.de

Der Nutzung der im Rahmen der Impressumspflicht veröffentlichten Kontaktdaten zur Übersendung von Werbung wird ausdrücklich widersprochen. Der Herausgeber behält sich im Falle der unverlangten Zusendung per Post, Fax oder E-Mail sowie von Werbeanrufen rechtliche Schritte vor.

Bezug

Der Bezug des e-Journals ist unabhängig von einer Mitgliedschaft in GDCh oder VCW möglich. Senden Sie bitte eine E-Mail mit Ihren Kontaktdaten an e-journal[at]gdch-chemiewirtschaft.de, um eine Ausgabe anzufordern.

ISSN

ISSN 1619-6449 (per E-Mail verschickte Version)
ISSN 1619-6457 (archivierte Internetversion)